

SA
DER MINISTER FÜR BUNDESANGELEGENHEITEN
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

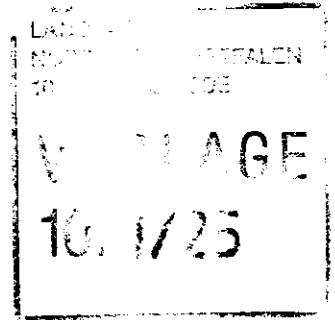
BONN, DEN 02. September 1988
DAHLMANNSTRASSE 2

V - 025 B 2 - 1.33 (1989)

Vorlage


an den Hauptausschuß

des Landtags Nordrhein-Westfalen



Betr.: Beratungen des Haushaltsplanentwurfes 1989
hier: Erläuterungen zu Einzelplan 09

Als Unterlage für die Haushaltsberatungen übersende ich Ihnen hiermit die Erläuterungen zu dem Einzelplan 09.


(Einert)

1. Gesamtüberblick

Das Ausgabevolumen des Einzelplans 09 wird, wie die nachfolgende Gliederung des Entwurfs nach Ausgabearten zeigt, vor allem durch die Personalausgaben bestimmt.

	TDM	
Personalausgaben	3.527,8	(77,70 %)
Sächliche Verwaltungsausgaben	727,5	(16,02 %)
Ausgaben für Investitionen	<u>285,0</u>	<u>(6,28 %)</u>
Gesamtausgaben	4.540,3	(100 %)

Der Entwurf 1989 weist bei den Ausgaben gegenüber den Ansätzen des Haushaltsjahres 1988 eine Erhöhung um 326.600,-- DM aus. Die untenstehende Übersicht zeigt die Entwicklung bei den einzelnen Hauptgruppen:

	1989	1988	+/-	in v.H.
	<u>TDM</u>	<u>TDM</u>	<u>TDM</u>	
4 Personalausgaben	3.527,8	3.504,7	+ 23,1	+ 0,66
5 Sächliche Verwaltungsausgaben	727,5	659,0	+ 68,5	+ 10,39
8 Ausgaben für Investitionen	<u>285,0</u>	<u>50,0</u>	<u>+ 235,0</u>	<u>+ 470,0</u>
	4.540,3	4.213,7	+ 326,6	+ 7,75

Die im Entwurf 1989 ausgewiesenen Veränderungen bei den Haushaltspositionen des Kapital 09 010 gegenüber dem Vorjahr werden nachfolgend erläutert.

2. Einnahmen

2.1. Titel 119 10 - Vermischte Einnahmen

Ansatz 1989: 1.500,-- DM (1988: 1.200,-- DM)

Die gestiegenen Einnahmen bedingen eine Erhöhung des Ansatzes um 300,-- DM.

2.2. Titel 124 10 - Mieten und Pachten

Ansatz 1989: 15.000,-- DM (1988: 14.000,-- DM)

Der Ansatz wurde in Anpassung an die Ist-Einnahmen des Haushaltsjahres 1987 um 1.000,-- DM erhöht.

2.3. Titel 381 00 - Erstattung von Verwaltungsausgaben aus Einzelplan 08
Kapitel 08 320 Titel 981 00

Ansatz 1989: 6.000,-- DM (1988: 5.000,-- DM)

Korrespondierend zu den im Einzelplan 08 bei Kapitel 08 320 veranschlagten Ausgaben wurde der Ansatz um 1.000,-- DM angehoben.

3. Ausgaben

3.1. Personalausgaben

3.11 Die Zahl der Planstellen und anderen Stellen im Entwurf des Einzelplans 09 für das Haushaltsjahr 1989 ist wegen Ausgabenzuwachs im EG-Bereich gegenüber dem Vorjahr um eine Planstelle erhöht worden.

Im Vergleich zum Stellensoll des Haushaltsjahres 1981 beträgt die durch Stelleneinsparung in den vergangenen Jahren erzielte Minderung 5,13 v.H.

MMV 10 / 1725 54

3.12 Titel 421 00 - Bezüge des Ministers

Ansatz 1989: 252.200,-- DM (1988: 243.500,--DM)

Die Erhöhung beruht auf einer Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes.

3.13 Titel 422 10 - Bezüge der Beamten

Ansatz 1989: 1.548.000,-- DM (1988:1.550.000,-- DM)

3.131 Ausbringung einer neuen Planstelle der Besoldungsgruppe A 13 BBO (h.D.)

In Artikel 2 des Gesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte vom 19.12.1986 sowie in der dazu abgeschlossenen Bund-Länder-Vereinbarung vom November 1987 sind die Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Länder hinsichtlich aller Vorhaben im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften, die für die Länder von Interesse sein können, geregelt worden. Träger dieses Verfahrens ist der Bundesrat.

Die EG-Dokumente werden über den Bundesrat an das Ministerium für Bundesangelegenheiten übermittelt, das nicht nur die Weiterleitung an die zuständigen Landesressorts sicherzustellen, sondern auch eine erste Einstufung jedes Dokuments nach seiner Bedeutung für das Land vorzunehmen hat. Ein großer Teil dieser Dokumente besteht aus eiligen Fernschreiben der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Brüssel oder aktuellen Dokumenten aus Kommissionsarbeitsgruppen, bei denen eine umgehende Weiterleitung geboten ist. Wöchentlich gehen beim Ministerium für Bundesangelegenheiten einige hundert Dokumente ein, die gegenwärtig nicht in der erforderlichen Schnelligkeit klassifiziert und weitergeleitet werden können.

Die ordentliche Mitgliedschaft im Bundesratsausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaft liegt beim Minister für Bundesangelegenheiten. Damit ist auf der Arbeitsebene eine Intensivierung der Vorbereitung der Ausschusssitzungen verbunden. Insbesondere müssen in der Regel die Ergebnisse der beteiligten Fachausschüsse innerhalb weniger Stunden zusammengeführt und gegebenenfalls unter den einzelnen Landesressorts koordiniert werden.

Der vom Bundesrat neu eingerichteten Kammer für Vorlagen der Europäischen Gemeinschaften gehört der Minister für Bundesangelegenheiten als ordentliches Mitglied an. Hierdurch muß das Ministerium in Zukunft in erheblichem Umfang zusätzliche Vorbereitungs- und Koordinierungsarbeit leisten. Weil es sich bei der Kammer um ein Eilgremium handelt, ist eine rasche und konzentrierte Vorbereitung erforderlich.

Ferner ist es notwendig, im Interesse des Landes weitere Aufgaben auf dem EG-Sektor wahrzunehmen. Dazu gehört insbesondere die Teilnahme eines Beamten des Ministeriums für Bundesangelegenheiten an und der Bericht über Ressortsbesprechungen des Bundes in EG-Angelegenheiten in den Fällen, in denen die Fachressorts keinen Vertreter entsenden können.

Das im Ministerium für Bundesangelegenheiten für EG-Angelegenheiten zuständige Referat 6 ist zur Zeit - wie alle Fachreferate des Ministeriums - nur mit einem Referenten besetzt, der auch noch andere Aufgabenbereiche (Medienpolitik und Angelegenheiten der Staatskanzlei) betreuen muß. Sowohl im Hinblick auf eine effektive Wahrnehmung des EG-Beteiligungsverfahrens als auch auf die Vorbereitung des Landes auf den EG-Binnenmarkt 1992 ist eine personelle Verstärkung des Referates durch einen Hilfsreferenten aus den oben dargelegten Gründen erforderlich.

3.132 Ausweisung einer Leerstelle der Besoldungsgruppe A 9 BBO (m.D.)

Die im Entwurf des Einzelplans 09 ausgewiesene Leerstelle der Besoldungsgruppe A 9 BBO (m.D.) ist für eine Beamtin vorgesehen, die im Kalenderjahr 1989 Urlaub aus familiären Gründen nach § 85 a LBG in Anspruch nehmen wird. Der Aufgabenbereich der hierdurch freiwerdenden Planstelle umfasst insbesondere die Verwaltung der Zahlstelle des Ministeriums sowie die Bearbeitung der Besoldungsnebengebiete (Reise- und Umzugskosten, Trennungsschädigung und Beihilfen). Die Wiederbesetzung der Planstelle ist deshalb aus dienstlichen Gründen unabweisbar.

3.14 Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

Ansatz 1989: 1.005.000,-- DM (1988: 980.700,-- DM)

Die Anhebung des Ansatzes ist durch Einbeziehung der Änderung des Vergütungstarifvertrages sowie der Veränderungen durch Zeitaufstieg und Familienstand bedingt.

3.15 Titel 426 10 - Bezüge der Arbeiter

Ansatz 1989: 640.000,-- DM (1988: 636.100,-- DM)

Die Erhöhung beruht auf einer Neuberechnung des Ansatzes unter Berücksichtigung der Änderung des Monatslohntarifvertrages sowie der Veränderungen durch Zeitaufstieg und Familienstand.

3.16 Titel 441 10 - Beihilfen aufgrund der Beihilfenverordnung

Ansatz 1989: 47.000,-- DM (1988: 40.300,-- DM)

In Anpassung an den voraussichtlichen Bedarf und an die Ist-Angaben des Haushaltsjahres 1987 wurde der Ansatz des Vorjahres um 6.700,-- DM erhöht.

3.17 Titel 453 10 - Trennungsentschädigung und Umzugskostenvergütung

Ansatz 1989: 20.000,-- DM (1988: 38.500,-- DM)

Die Zahl der Trennungsentschädigungsempfänger hat sich verringert. Der Ansatz des Haushaltsjahres 1988 ist entsprechend gemindert worden.

3.2 Sächliche Verwaltungskosten

3.21 Titel 511 10 - Geschäftsbedarf

Ansatz 1989: 21.000,-- DM (1988: 17.000,-- DM)

Ab Herbst des Kalenderjahres 1989 übernimmt das Land NRW turnusmäßig für ein Jahr den Vorsitz bei den Konferenzen der Ministerpräsidenten der Länder. Mit Ausnahme der Eröffnungs- und der Abschlußkonferenz finden diese Konferenzen sowie die damit verbundenen Besprechungen der Chefs der Staats- und Senatskanzleien in der Landesvertretung NRW statt. Wegen des sich hieraus ergebenden erhöhten Geschäftsbedarfs sowie zum Ausgleich der gestiegenen Beschaffungskosten für Büromaterialien und Druckerzeugnisse ist der Ansatz gegenüber dem Vorjahr um 4.000,-- DM angehoben worden.

3.22 Titel 512 10 - Bücher und Zeitschriften

Ansatz 1989: 12.500,-- DM (1988: 11.000,-- DM)

Die gestiegenen Bezugsgebühren für Zeitungen und Zeitschriften sowie die Mehrkosten für Bücher und Lose-Blatt-Werke erfordern unter Berücksichtigung der Ist-Ausgaben im Haushaltsjahr 1987 eine Erhöhung um 1.500,-- DM .

3.23 Titel 513 10 - Rundfunk-, Post- und Fernmeldegebühren

Ansatz 1989: 125.000,-- DM (1988: 122.000,-- DM)

Die Gebührenerhöhungen der Deutschen Bundespost und die Durchführung der Ministerpräsidentenkonferenzen verursachen eine voraussichtliche Mehrausgabe von 3.000,-- DM.

3.24 Titel 515 10 - Geräte, Ausstattungsgegenstände und Maschinen für Verwaltungszwecke

Ansatz 1989: 45.000,-- DM (1988: 30.000,-- DM)

Die weitere Ausstattung des Ministeriums mit Textverarbeitungsgeräten sowie notwendige Ergänzungsanschaffungen von Ausstattungsgegenständen für die Repräsentationsräume der Landesvertretung bedingen eine Verstärkung des Ansatzes des Vorjahres um 15.000,-- DM.

3.25 Titel 517 10 - Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume

Ansatz 1989: 146.000,-- DM (1988: 141.000,-- DM)

Die Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den allgemeinen Kostensteigerungen, insbesondere aber aus den starken Erhöhungen der Grundbesitzabgaben.

3.26 Titel 518 20 - Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge

Ansatz 1989: 31.500,-- DM (1988: 21.500,-- DM)

Für die Durchführung der Ministerpräsidentenkonferenzen ist es erforderlich, ab Herbst 1989 im Rahmen eines befristeten Vertrages ein zusätzliches Fotokopiergerät anzumieten. Die veranschlagten Mehrkosten betragen im Haushaltsjahr 1989 voraussichtlich 10.000,-- DM.

3.27 Titel 541 10 - Die Aufwendungen zur Durchführung von Veranstaltungen und für die Betreuung von Besuchern im Bereich der Landesvertretung

Ansatz 1989: 182.000,-- DM (1988: 157.000,-- DM)

Im Zusammenhang mit den Ministerpräsidentenkonferenzen fallen im Haushaltsjahr 1989 bei diesem Titel erhebliche Mehrausgaben durch die Bewirtung der Teilnehmer und die technische Abwicklung der Konferenzen an.

Ferner machen sowohl die steigende Zahl von Informationsbesuchen von politisch interessierten Bürgern des Landes sowie die zunehmende Notwendigkeit von Informations- und Repräsentationsveranstaltungen vielfältigster Art des Landes in der Bundeshauptstadt eine Erhöhung des Ansatzes notwendig.

3.28 Titel 541 20 - Für Aufwendungen zur Durchführung von Ausstellungen der Landesvertretung

Ansatz 1989: 30.000,-- DM (1988: 25.000,-- DM)

Der bisherige Ansatz von 25.000,-- DM reicht für eine kontinuierliche Durchführung von Ausstellungen in der Landesvertretung bei weitem nicht aus. Um die Möglichkeiten der Darstellung des Landes in Bonn durch wechselnde Ausstellungen schrittweise zu verbessern, ist der Ansatz um 5.000,-- DM angehoben worden.

4. Ausgaben für Investitionen

4.1 Titel 712 00 - Um- und Erweiterungsbau der Landesvertretung

Ansatz 1989: 150.000,-- DM (1988: 0,-- DM)

Das im Kalenderjahr 1952 errichtete Gästehaus der Landesvertretung NRW weist erhebliche bauliche Mängel auf, sowohl im baulich-technischer als auch in funktioneller Hinsicht. Hervorzuheben sind dabei insbesondere folgende Punkte:

- a) Das Wasserleitungsnetz ist zum größten Teil in Bleirohr und verzinktem Eisenrohr ausgeführt. Durch Korrosion der Leitungen ist es häufiger zu Undichtigkeiten und Rohrbrüchen gekommen. Darüber hinaus genügt die Bleirohrinstallation nicht mehr den heutigen Vorschriften und birgt wegen der unvermeidbaren Anreicherung des Wassers mit Blei auch gesundheitliche Gefahren in sich. Es fehlt ferner an einer zentralen und wirtschaftlichen Warmwasserversorgung in dem Gebäude.

- b) Das Heizungssystem hat einen technisch überholten Standard. Die Heizungsleitungen weisen starke Korrosionsschäden auf. Die Steuerung und Regelung der Heizungsanlage ist in zunehmendem Maße störanfällig. Heutigen Anforderungen an heizungstechnische Anlagen im Hinblick auf Energieeinsparung und Wirtschaftlichkeit kann mit dem vorhandenen Heizungssystem nicht entsprochen werden.
- c) Die Elektroanlage weist bedingt durch das Alter erhebliche Mängel, Leistungsdefizite und damit verbundene Störungen auf. Die Installationen entsprechen in weiten Bereichen nicht mehr den gültigen Vorschriften und Normen.
- d) Der Küchen- und Wirtschaftsbereich, die Toilettenanlagen und Garderoben für Gäste und Besucher der Landesvertretung genügen weder in der Kapazität noch in der technischen Ausstattung der heutigen Auslastung des Gästehauses und den einschlägigen Vorschriften.
- e) Die vorhandenen Räume für Veranstaltungen entsprechen nicht den heutigen vielfältigen Anforderungen an eine angemessene Repräsentation des Landes in der Bundeshauptstadt.

Ausgelöst durch die oben geschilderten unaufschiebbaren Sanierungsmaßnahmen läuft zur Zeit auf Beschluß der Landesregierung innerhalb der Staatshochbauverwaltung des Landes ein Gutachterverfahren zur Erlangung von Entwürfen für einen Um- und Erweiterungsbau der Landesvertretung NRW, dessen Ergebnisse im November 1988 vorliegen werden. Für die sich aus der Umsetzung des Gutachtens ergebenden Vorarbeits- und Planungskosten ist in den Haushaltsentwurf 1989 ein Betrag von 150.000,-- DM eingestellt worden.

4.2. Titel 812 00 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Einrichtungsgegenständen im Inland

Ansatz 1989: 135.000,-- DM (1988: 50.000,-- DM)

Die veraltete und störanfällige Fernsprechanlage des Ministeriums soll durch eine digitale, ISDN-fähige Nebenstellenanlage ersetzt werden. Neben der damit verbundenen Erweiterung der Telekommunikationsmöglichkeiten (Datenübertragung, Büroautomation) soll durch die besseren Leistungsmerkmale der neuen Anlage der interne und externe Fernsprechverkehr einfacher und wirtschaftlicher abgewickelt werden.